

»Schattenbericht« Kindersoldaten 2013

**Pressekonferenz
am 31. Januar 2013**

Statement

Ralf Willinger

Referent für Kinderrechte
Schwerpunkt Kinder in gewaltsamen Konflikten
terre des hommes Deutschland e.V.

Kinder im Visier: Deutschland rekrutiert und wirbt unter 18-Jährige

In der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) von 1989 ist festgelegt, dass alle Kinder unter 18 Jahren besonderen Schutz und besondere Rechte genießen müssen und das Wohl des Kindes immer Vorrang haben muss. Dennoch ist es laut Artikel 38 der KRK erlaubt, 15-Jährige als Soldaten einzuziehen. Dies ist eine eklatante Schutzlücke, wenn man bedenkt, dass Kinder als Soldaten Opfer der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen werden können.

Das Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention betreffend Kinder in bewaffneten Konflikten von 2002 sollte diese Lücke schließen und die Altersgrenze für die Rekrutierung auf 18 Jahre anheben – dies ist nur teilweise gelungen: Bewaffnete, nichtstaatliche Gruppen müssen diese Altersgrenze jetzt einhalten. Aber staatliche Armeen dürfen auch 16-jährige Freiwillige werben. **Von dieser Möglichkeit machen aber nur noch wenige Länder weltweit Gebrauch, darunter ist Deutschland. Hierzulande werden jedes Jahr etwa 1000 17-jährige Freiwillige in die Bundeswehr aufgenommen und an der Waffe ausgebildet.**

Dies wird seit Jahren von Kinder- und Menschenrechtsorganisationen kritisiert, ebenso im vorliegenden Schattenbericht. **Und auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat Deutschland zuletzt 2008 aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen, »um den Schutz des Kindes durch insgesamt höhere gesetzliche Standards zu fördern«.** Er wies auch daraufhin, »dass die große Mehrheit der Vertragsstaaten die Einberufung von Kindern (also unter 18-Jährigen) nicht erlaubt«.

Selbst Bundeswehrsoldaten empfehlen im Bundeswehrforum.de im Internet jungen minderjährigen Interessenten dringend, „erst eine Ausbildung zu machen und dich dann zu bewerben. Ich würde dringend davon (sich minderjährig zu bewerben) abraten, sowohl dem Bewerber als auch den Eltern. Ich habe da bisher fast nur Negatives erlebt... Mehr als 70% derer, die so jung eingestellt werden, bereitet diese Entscheidung über kurz oder lang Probleme. Die wollen dann wieder aus dem Bund raus.“

Doch die Bundeswehrführung und die Bundesregierung sind trotz der Aufrufe der Vereinten Nationen und Menschenrechtsexperten und der Empfehlungen der eigenen Soldaten leider immer noch nicht dazu bereit, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben.

Nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 wurde ein Freiwilliger Wehrdienst geschaffen, den auch 17-Jährige antreten können. Wie der Schattenbericht darlegt, ist im

Wehrpflichtgesetz (§54, Abs1) für den freiwilligen Wehrdienst bisher gar keine Altersgrenze vorgesehen. Minderjährige können sogar schon nach derzeitiger Gesetzeslage nach dem Wehrstrafgesetz vor Gericht gestellt werden, wenn sie die Bundeswehr wieder verlassen wollen – **dies zeigt, dass auch die vom Zusatzprotokoll geforderte Freiwilligkeit nicht gewährleistet ist. Deutschland verstößt damit gegen seine völkerrechtlichen Verpflichtungen im Zusatzprotokoll. Das Wehrpflichtgesetz und das Soldatengesetz müssen entsprechend geändert werden.**

Dass Deutschland sich nach wie vor weigert, die 18-Jahresgrenze bei der Rekrutierung von Soldaten zu respektieren, **ist ein Verstoß gegen das zentrale Grundprinzip der Kinderrechtskonvention, den Vorrang des Kindeswohls. Stattdessen hat hier das Rekrutierungs-Interesse des Verteidigungsministeriums Vorrang vor dem Kindeswohl** – dies zeigt sich auch beim nächsten Thema.

Werbung von Kindern durch die Bundeswehr

Seit einigen Jahren versucht die Bundeswehr systematisch und umfassend Minderjährige für den Dienst in der Bundeswehr zu begeistern und zu werben. Diese Anstrengungen werden vermutlich weiter zunehmen, da der Bedarf an Freiwilligen seit der Aussetzung der Wehrpflicht gestiegen ist. Welche Ausmaße die Werbung der Bundeswehr bei Minderjährigen hat, sollen einige Zahlen veranschaulichen:

- Etwa 300.000 Jugendliche erreicht die Bundeswehr jährlich alleine durch Werbeveranstaltungen von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern an Schulen, viele weitere bei Kasernenbesuchen, in Arbeitsämtern, bei Sportveranstaltungen, Messen, und öffentlichen Festen. Dabei dürfen schon Zehnjährige auf Panzer steigen und durchs Zielfernrohr gucken.
- Auch bei der Lehrerausbildung steigt die Einflussnahme der Bundeswehr: 1.100 Referendare haben 2009 an Lehrveranstaltungen von Bundeswehrsoldaten teilgenommen, 3.300 Lehrer haben Fortbildungen der Bundeswehr besucht.
- Die Bundeswehr schaltet regelmäßig Anzeigen in Jugendmedien wie Bravo, Spießer oder auf entsprechenden Jugendseiten im Internet, veranstaltet Abenteuer- und Sport-

Events für Jugendliche, gibt Computerspiele und Unterrichtsmaterial heraus.

Werbeslogan: Action, Abenteuer, Fun. Coole Beachparties, crazy Strandspiele,...

In den Werbespots, z.B. auf Bravo.de, wird die Einsatzrealität in Kriegsgebieten wie Afghanistan mit keinem Wort oder Bild erwähnt. Es handelt sich um irreführende Werbung, die versucht, Jungen und Mädchen mit bunten Werbebildern und „coolen“ Slogans zu locken, statt sie über Risiken und Gefahren aufzuklären, wie es eigentlich die Pflicht des Staates wäre. Dass man im Einsatz verwundet und getötet werden kann, vielleicht töten muss und bis zur Arbeitsunfähigkeit traumatisiert werden kann, wird verschwiegen. Dagegen betont die Bundeswehr die Vorteile des Soldatenberufs, wie den vermeintlich sicheren Job oder kostenlose Berufsausbildung.

Diese Werbestrategie, die Kinder mit beschönigenden Informationen zum Militärdienst locken soll statt sie ausreichend über Risiken aufzuklären, zieht sich durch sämtliche Werbe- und Informationsaktivitäten der Bundeswehr bei Minderjährigen: Beispielsweise auch auf den Bundeswehr-Jugendseiten im Internet, in den gedruckten Informationsmaterialien (liegen hier zur Ansicht vor) und bei den Vorträgen von Wehrdienstberatern und Jugendoffizieren an Schulen.

Diese müssen (manchmal entgegen ihrer eigenen Überzeugung) bei jedem Vortrag das Märchen, „die Bundeswehr sei ein Arbeitgeber wie jeder andere“, „das sei nicht anders, als bei BMW am Fließband zu stehen“ wiederholen.

Dass dies offensichtlich falsch ist, belegen die Bundeswehrzahlen: **Seit den 90ern sind 120 Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätzen gefallen (darunter 20 Suizide), viele mehr verwundet worden und viele tausende sind psychisch an PTBS (Posttraumatische Belastungsstörung) erkrankt, alleine 2011 fast 1000. Unter all diesen Leidtragenden sind besonders viele junge Soldaten.** Hinzu kommt die große Zahl ziviler Opfer der Auslandseinsätze, für die zum Teil auch Bundeswehrsoldaten verantwortlich sind – alles Erfahrungen, die man bei BMW am Fließband kaum machen dürfte.

Zurecht fragt der Autor des Schattenberichts, wieso Werbung für Zigaretten oder Arzneimittel Hinweise auf Risiken und Nebenwirkungen haben muss, die Werbung für militärische Auslandseinsätze, die noch viel akuter verstümmelnd oder tötend wirken können, aber nicht – und dies noch nicht mal dann, wenn die Werbung direkt an Minderjährige ab 10 Jahren gerichtet ist, die bekanntermaßen leichtgläubig und leicht manipulierbar sind. **Hier ist zum**

Schutz der Kinder eine entsprechende gesetzliche Regelung, die die Nennung der Risiken bei militärischer Werbung vorschreibt, dringend notwendig.

Problematisch ist außerdem, dass die Bundeswehr bei diesen Aktivitäten teilweise verdeckt, teilweise offen versucht, Kinder und Jugendliche zu beeinflussen, um sie von der Notwendigkeit militärischer Interventionen und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu überzeugen.

Diese einseitige Beeinflussung ist zum einen ein Verstoß gegen die Grundsätze der politischen Bildung, den sogenannten Beutelsbacher Konsens, nach dem in der Gesellschaft kontroverse Themen den Schülern auch kontrovers dargelegt werden müssen, ohne sie dabei mit Fachwissen einseitig zu überrumpeln. Es ist auch ein Verstoß gegen die Kinderrechtskonvention, die die Staaten zur Friedenserziehung an Schulen verpflichtet und eine freie Meinungsbildung der Kinder verlangt.

Fazit:

Deutschland sollte endlich der Aufforderung des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes und dem guten Beispiel der Mehrheit der Staaten weltweit folgen und **die Altersgrenze für die Rekrutierung junger Soldaten auf 18 Jahre anheben.**

Außerdem sollte jegliche Werbung und einseitige Beeinflussung von unter 18-jährigen Schülern durch die Bundeswehr in Deutschland beendet werden.

Denn das Wohl des Kindes muss Vorrang haben vor den Interessen der Bundeswehr, entsprechend dem Grundprinzip der UN-Kinderrrechtskonvention (Art 3), die Deutschland unterschrieben hat.

Die Kooperationsvereinbarungen, die die Bundeswehr mit den Kultusministerien von acht Bundesländern geschlossen hat und die den Zugang von Jugendoffizieren zu Schulklassen und Lehrerausbildung erleichtern, müssen folglich wieder aufgelöst werden.

Statt die einseitige Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch Bundeswehr-Werbung mit Millionen Euro Steuergeldern zu fördern, sollte die Bundesregierung dafür sorgen, **dass die Friedens- und Menschenrechtserziehung in den Lehrplänen verankert wird und an allen Schulen stattfindet** – dies fordert auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und der Schattenbericht.

Waffenexporte

Außerdem unterstreicht der Schattenbericht die **Forderung nach einer gesetzlichen Regelung, die deutsche Waffen- und Munitionsexporte in Konfliktregionen verhindert, in denen Menschenrechte verletzt und Kinder rekrutiert werden.** Dies hatte auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes 2008 von Deutschland gefordert.

Doch statt darauf einzugehen oder die Waffenexporte wenigstens zu begrenzen, stiegen diese in den letzten Jahren immer weiter an. **Deutschland ist inzwischen nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.** Altkanzler Helmut Schmidt kommentierte dies wie folgt: „Das halte ich für eine ganz schlimme Entwicklung. Denn es heißt eben, dass wir zu der Nichtfriedfertigkeit der ganzen Welt beitragen, und zwar in einem unerhörten Ausmaß.“

Das deutsche G3 ist das am zweit meisten verbreitete Sturmgewehr der Welt, schätzungsweise sind 10 Millionen Exemplare im Umlauf. Die Zahl der Opfer dürfte ein Vielfaches betragen, und schätzungsweise 90% der Opfer solcher sog. Kleinwaffen sind Zivilisten, ein Großteil davon Kinder.

Und auch Kindersoldaten kämpfen mit deutschen Waffen. Ismael Beah, ehemaliger Kindersoldat aus Sierra Leone und UN-Botschafter, sagte dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten in 2012: „**Das deutsche G3 war sehr beliebt im Bürgerkrieg in Sierra Leone, auch bei Kindersoldaten.** Es hat eine größere Zerstörungskraft als die Kalaschnikow.“

Dass man an Diktaturen und Regime, die die Menschenrechte missachten, nicht liefern muss, zeigten kürzlich die Schweiz und die Niederlande: Sie verboten Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien wegen der schlechten Menschenrechtslage im Land. Die Bundesregierung hat hingegen die Lieferung von bis zu 800 Leopard-Panzern an Saudi-Arabien genehmigt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre eigenen Rüstungsexport-Leitlinien einzuhalten und in Konfliktregionen und Länder mit Menschenrechtsproblemen keine Waffen und Munition zu liefern. Eine entsprechende gesetzliche Regelung muss erfolgen. Denn solche Rüstungsexporte tragen nicht zu einer Stabilisierung bei, sondern erhöhen die Gefahr einer Eskalation der Konflikte – die Mehrzahl der Opfer sind dann Zivilisten und Kinder.

Statt immer mehr Waffen zu exportieren, sollte Deutschland sein weltpolitisches Gewicht dazu einsetzen, dass Konflikte auf friedlichem Wege über Verhandlungen und Kompromisse gelöst werden. Das wäre ein wirklich großer Beitrag zu einem besseren Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten.